

*In Betrachtung Anstalt 7. d.**li*

3.12.64

s.B.34.66.J.O. - HN/di

AktennotizBetr. Nationalisierung der italienischen  
Elektrizitätsgesellschaften

I. 30. November: Unterredung mit Dr. Egli, Direktor der Indelec  
Basel.

Indelec hat als einziger grösserer Aktionär, trotz mehrmonatiger Verhandlungen, noch keine befriedigende Lösung gefunden. Eine separate Lösung wurde darin gesucht, dass die Lireentschädigung an Schweizerfirmen zum Ausbau ihrer Tochtergesellschaften abgetreten worden wäre. Man konnte sich aber nicht einigen, weil die Entschädigungen in 10 Jahresraten ausbezahlt werden. - Frage an uns, ob wir nicht irgendwie helfen könnten.

Meine Stellungnahme :

1) Die rechtliche Situation <sup>ist</sup> nicht sehr eindeutig, da Aktionäre nur indirekt betroffen waren, da der 10-jährigen Entschädigungsfrist keine genaue Völkerrechtsregel gegenüberstehe, da der behauptete Verlust durch Druck auf die Börsenkurse vor der Verstaatlichung schwer nachzuweisen sei.

2) Trotz unserer offiziellen Bemühungen und trotz vollem Einsatz aller privaten Beziehungen der Interessenten war eine Lösung nicht möglich. Dafür ist die innenpolitische Exponiertheit des Problems und die labile Lage der Regierung einerseits schuld und andererseits das innenpolitisch ebenfalls bedeutsame Misstrauen den schweizerischen Investitionen gegenüber, indem man dahinter italienisches Fluchtkapital vermutet und dieses ausser durch Steuerfreiheit nicht auch noch durch eine Besserstellung bei der Entschädigung belohnen will.

3) Die Front der schweizerischen Interessenten besteht heute nicht mehr. Elektro-Watt ist befriedigt, die Gruppe Hentsch ist desinteressiert, die Banken ebenfalls. Bleibt nur noch die Indelec. Die Arbeitsgruppe Italien der



Schweizerischen Bankiervereinigung, in der die Indelec ebenfalls vertreten ist, hat sich von Anfang an gegen bilaterale Verhandlungen ausgesprochen, weil sie nicht durch unsere Kriterien des Schweizerbesitzes eingeschränkt sein wollte und ihren eigenen Beziehungen zu den massgebenden italienischen Stellen genügend vertraute. Jetzt, nachdem nur noch ein Gläubiger nicht befriedigt ist, plötzlich noch allgemeine Verhandlungen zu verlangen, wäre wenig sinnvoll und taktisch für uns ungünstig.

4) Bei dieser Sachlage wäre es völlig unrealistisch, irgendwelche Hoffnungen auf staatliche allgemeine Verhandlungen, die von allen Interessenten bisher ausdrücklich als aussichtslos abgelehnt wurden, zu setzen. Was wir dagegen jederzeit tun könnten, wäre irgendeine ad hoc-Lösung für Indelec auf diplomatischem Wege zu unterstützen. Wir könnten uns dabei auf unsere bisherigen Demarchen (z.B. anlässlich des 100-Mio.-Kredites und die Diskussion Botschafter Zutters mit Saragat) anknüpfen. Die ad hoc-Lösung müsste aber von Indelec vorbereitet werden, ev. zusammen mit ihrer Hausbank, dem Schweiz. Bankverein und der Bankiervereinigung.

II. Unterredung mit Herrn Dunant, Sekretär der Schweiz. Bankiervereinigung, vom 2. Dezember

Die Bankiervereinigung und die Grossbanken haben jede Hoffnung auf eine Sonderlösung aufgegeben. Sie anerkennen unsere und der Botschaft Unterstützung und glauben, dass sie wirklich auch ihrerseits in ständigen Verhandlungen das Menschenmögliche getan haben. Der innenpolitische Aspekt der Frage macht eine Lösung unmöglich. Bis auf Indelec haben alle Interessenten befriedigende Lösungen gefunden. Dunant wäre dafür, dass bei günstiger Gelegenheit einmal offiziell festgestellt würde, Italien hätte sich in dieser Sache nicht völkerrechtskonform verhalten. Dies nur aus grundsätzlichen Erwägungen, aber ohne Hoffnung auf italienische Konzessionen.

- 3 -

III. Nationalrat Tenchio ersucht mich am 2. Dezember, ihn über die Frage zu orientieren. Er wurde von Indelec aufgefordert, sich der Sache anzunehmen. Mein ausführlicher Bericht (s. auch Ziff. I) über unsere und der Interessenten Bemühungen, die heutige Situation unter den schweizerischen Interessenten, die Schwierigkeiten auf italienischer Seite haben ihn überzeugt, dass das Bestmögliche getan wurde und eine Sonderlösung für schweizerische Aktionäre nicht erreicht werden kann. Er kam auch zur Ueberzeugung, dass eine "protestation désespérée" im Nationalrat nur des Grundsatzes wegen in den nächsten beiden Sessionen nicht in Frage komme wegen des Einwanderungsabkommendebakels. Ev. liesse sich bei der Behandlung des Geschäftsberichtes im Juni 1965 eine Bemerkung einflechten.

In der Tat könnten wir im Geschäftsbericht das Problem erwähnen, um eine grundsätzliche Bemerkung in den Räten zu erleichtern.

d'accord  
M.

M

Durchschlag dieser Notiz geht an :

- Schweizerische Botschaft in Rom z.K.
- Herrn Vizedirektor Moser, Handelsabteilung
- Herrn Dr. Probst
- Herrn Dr. Diez